

Jahresbilanz des DAAD 1990

(DAAD) 1990 war ein außergewöhnliches Jahr, auch für den DAAD: eine Rekordbilanz von fast 50 000 geförderten In- und Ausländern, die Öffnung aller DAAD-Programme für die osteuropäischen Hochschulen, neue Schwerpunkte in Osteuropa und in der UdSSR und zugleich neue Initiativen in westlichen Partnerländern und in der Dritten Welt.

Berchem verwies auf die großen Erwartungen aus den östlichen Nachbarländern, die der DAAD nur zu einem Bruchteil befriedigen könne. Insbesondere die deutsche Sprache erlebe eine Renaissance, die einmalig sei. „Diese Chance kommt nicht wieder.“ Der DAAD werde ca. 60 Lektorate, die früher von der DDR eingerichtet worden waren, in Osteuropa fortführen.

Andererseits verwies Berchem darauf, daß der DAAD von der DDR über 6000 ausländische Stipendiaten übernommen habe und bisher keinen als „Opfer der deutschen Einheit“ zurückgeschicken mußte.

Auch wenn die Integration der osteuropäischen Hochschulen und der Nachholbedarf in Osteuropa an der Spitze der Prioritätenskala stehe, so habe der DAAD doch seine westlichen Partner nicht vernachlässigt und auch die Dritte Welt nicht hintangestellt.

Ossietsky-Preis

(ND) Die Stadt Oldenburg schreibt erneut ihren Carl-von-Ossietsky-Preis für Zeitgeschichte und Politik aus, der mit 20 000 Mark dotiert ist.

Wie die Stadt Oldenburg in einer Pressemitteilung informiert, richte sich die Ausschreibung in erster Linie an deutsche wie ausländische Historiker, Politologen, Publizisten und Journalisten.

Einsendeschluß ist der 1. Oktober 1991. Vollständige Ausschreibungsbedingungen verwendet das Kulturdezernat der Stadt Oldenburg, Pferdemarkt 14, W-2900 Oldenburg.

Ziel: Wieder zu den Besten zählen

Erklärung des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf vor der CDU-Fraktion am 5. Juni 1991 in Dresden

Ziel der Hochschulpolitik des Freistaates Sachsen ist es, darauf hinzuwirken, daß die Hochschulen und Universitäten des Landes nach ihrer Erneuerung wieder zu den besten in der Bundesrepublik und Europa zählen.

1. durch die Überwindung der politischen Alllast in den Hochschulen und Universitäten, die unter dem SED-Regime in besonderer Weise gelitten haben,

2. durch Trennung von den Hochschullehrern, die nicht über die Qualifikation verfügen, auf die die Hochschulen angewiesen sind, wenn sie den angestrebten hohen Leistungsstandard erreichen wollen,

3. durch die Öffnung des „Marktes“ für Hochschullehrer, mit der allen persönlich und fachlich hochqualifizierten Wissenschaftlern an deutschen Hochschulen, insbesondere an den Hochschulen des Landes und an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die gleiche Chance gesichert werden soll,

4. mit der Gewinnung der besten Wissenschaftler, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen und Universitäten und der Sicherung des Verbleibs der persönlich und fachlich hochqualifizierten Hochschullehrer, die bereits an sächsischen Hochschulen lehren.

Das Hochschulneuerungs-gesetz, das nach seiner Überarbeitung und Ergänzung in dem Ausschüssen nunmehr dem Landtag zur zweiten Lesung vorliegt, verfolgt dieses Ziel auf folgende Weise:

Es sieht eine persönliche und fachliche Überprüfung aller Hochschullehrer vor. Als Ergebnis dieser persönlichen und fachlichen Überprüfung sollen diejenigen Hochschullehrer aberufen bzw. entlassen werden, die auf Grund ihrer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit, auf Grund von Verstößen gegen die Rechte ihrer Kollegen und Studenten oder mangels fachlicher Kompetenzen für die Hochschulen untragbar geworden sind.

Eine generelle Entlassung der Hochschullehrer ist von niemandem beabsichtigt und wäre auch mit der notwendigen Kontinuität des Hochschulbetriebes unvereinbar.

- Grundsätzlich durch eine Ausschreibung der Lehrstühle, die für alle wissenschaftlich Qualifizierten offen ist. Dabei soll Bewerbern aus den Universitäten und Hochschulen Sachsens sowie aus den außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsens ein Bonus eingeräumt werden;

- Eine erfolgreiche personelle und fachliche Erneuerung der Universitäten und Hochschulen im Freistaat Sachsen setzt nach Auffassung der Staatsregierung voraus, daß die Teilnahme an wesentlichen akademischen Funktionen den

Haus die bisher vielfach verweigerten Berufschancen eröffnet.

- Durch ein verkürztes Berufungsverfahren für herausragende Hochschullehrer, die bereits Professoren sächsischer Universitäten und Hochschulen sind und die als Inhaber sogenannter „Eck-Lehrstühle“ im Rahmen der neu entwickelten Strukturen maßgeblich am Aufbau und der Erneuerung der Fakultäten mitwirken und die angestrebte Qualität des sächsischen Hochschulwesens mit gewährleisten sollen.

Durch das verkürzte Berufungsverfahren soll gleichzeitig sichergestellt



Ein bereits historisches Foto: Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Kurt Hans Biedenkopf empfing am 2. April 1990 vom damaligen Rektor Prof. Dr. sc. Horst Hennig die Urkunde zur Berufung auf den Gastlehrstuhl „Georg Mayer“.

werden, daß hervorragende Professoren an den Universitäten und Hochschulen des Freistaates Sachsen für einen Verbleib an unseren Universitäten gewonnen werden können.

Damit die sächsischen Universitäten und Hochschulen in der Übergangszeit funktionsfähig bleiben, räumt das Hochschulneuerungs-gesetz dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst das Recht ein, Professoren bisherigen Rechts kommissarisch zu berufen und sie damit den Professoren neuen Rechts gleichzustellen.

Eine erfolgreiche personelle und fachliche Erneuerung der Universitäten und Hochschulen im Freistaat Sachsen setzt nach Auffassung der Staatsregierung voraus, daß die Teilnahme an wesentlichen akademischen Funktionen den

Hochschullehrern vorbehalten bleibt, die entweder durch ein allgemeines Berufungsverfahren oder durch kommissarische Beauftragung durch den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Professoren neuen Rechts geworden oder diesen gleichgestellt sind.

Die Staatsregierung geht davon aus, daß der so durch das Hochschulneuerungs-



Ein bereits historisches Foto: Prof. Dr. jur. Dr. h. c. Kurt Hans Biedenkopf empfing am 2. April 1990 vom damaligen Rektor Prof. Dr. sc. Horst Hennig die Urkunde zur Berufung auf den Gastlehrstuhl „Georg Mayer“.

werden, daß hervorragende Professoren an den Universitäten und Hochschulen des Freistaates Sachsen für einen Verbleib an unseren Universitäten gewonnen werden können.

Damit die sächsischen Universitäten und Hochschulen in der Übergangszeit funktionsfähig bleiben, räumt das Hochschulneuerungs-gesetz dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst das Recht ein, Professoren bisherigen Rechts kommissarisch zu berufen und sie damit den Professoren neuen Rechts gleichzustellen.

Eine erfolgreiche personelle und fachliche Erneuerung der Universitäten und Hochschulen im Freistaat Sachsen setzt nach Auffassung der Staatsregierung voraus, daß die Teilnahme an wesentlichen akademischen Funktionen den

Damit nichts verlorengelht

In Zeiten, wo ein vielfaches gewalttames Sterben zum Alltag gehört, gilt das Leben des einzelnen wenig. Und wo Verlust und Gewinn sich in sieben- und mehrstelliger Größenordnung rechnen, zählt mühsam durch Lebensarbeit Erworbenes kaum einen Pappentitel.

Mein Anliegen, warum ich diesen Beitrag für die „UZ“ schreibe (die hoffentlich nicht wie leider vieles Bewährerwerte den „Platzwalzern“ und ihrem Roststift zum Opfer fällt), ist es, zu verbinden, daß ein Stück Geschichte dieser Universität unwiederbringlich verlorengelht. Ich habe diese Universität in der 2. Hälfte ihrer 50er bzw. 1. Hälfte ihrer 60er Jahre verlassen, gehören zu jener Generation, deren aktives und berufsorientiertes Leben sich in der Zeitspanne zwischen zwei Staatszusammenbrüchen bzw. „Gesellschafts-„ambüchen“ vollzog.

Es ist richtig, wenn die oben genannten Zeitgenossen, da man sie nach jahrelangem Wirken nicht mehr benötigt, einfach in die „Geschichtsbücherei“ entlassen werden? Höchstens noch mit dem pauschalen Vorwurf, ein inzwischen zusammengebrochenes Staatswesen bzw. politisches und ökonomisches System mit Überzeugung und spezifischen geistigen Mitteln unterstützt zu haben?

Ein „Einstieg“ könnte vielleicht im Nachdenken über die Hauptursachen für den ökonomisch-politischen - moralischen Verfall des realen Sozialismus bestehen, ein anderer in der Darstellung persönlicher Gedanken und Gefühle im Rückblick auf die Jahre der bisherigen Tätigkeit.

Es gibt nicht - die Geschichte beweist es - die reinliche Trennung von Tater und Opfer. Die wirkliche Geschichte war

komplizierter. Soll Pauschalurteilungen (mit Liquidierung langjährig erworbener Rechte z. B. durch Renten Kürzung mit dem Argument der „Staatsnähe“) erfolgreich entgegengewirkt werden, ist die historische Wahrheit dafür „unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe“.

Ich bin überzeugt, daß bei vielen Betroffenen durchaus das Bedürfnis besteht, über eigene Lebenserfahrungen, über Erfolge und Niederlagen, über Motive und Verhaltensweisen in besonderen Situationen nachzudenken und sich ehrlich auch zu ihren Schwächen und Irrtümern, zu ihrer Schuld zu bekennen. Mancher hat als Zeuge die Vertreibung Ernst Blochs, Hans Meyers und anderer Persönlichkeiten von der Leipziger Universität erlebt, die verhängnisvolle „Kulturpolitik“ Leipzigs unter Paul Fröhlich und Siegfried Wagner, die demütigende Behandlung des Soziologen Robert Schulz und war vielleicht selbst Objekt von Maßregelungen, wie sie gegen Wissenschaftler und Studenten zeitweilig geübt wurden, oder er war gefordert, an Argumenten und Aktionen gegen „Andersdenkende“ wie an einer „geschönten“ Geschichtsschreibung, die die Partei und ihre Repräsentanten im „rosigen Licht“ verklärte, mitzuwirken.

Jeder, der sich irgendwie angesprochen fühlt, sollte sich äußern können. Man kann die Geschichte als das „Ver-gangene“ nicht zurückdrehen, doch man kann aus ihrer Betrachtung, so sie uns in eigener Betroffenheit und mit Ehrlichkeitsanspruch entgegentritt, für die Zukunft eine Menge lernen. Von dieser Überzeugung wurde hier ausgegangen.

Glücklicherweise haben wir in der UZ für diese notwendige Auseinandersetzung ein besonders geeignetes Forum.

Dr. HEINZ SÄNGER



„Vor allem, meine Damen und Herren, habe ich es gern, wenn jemand seinen Standpunkt aufrecht vertritt...“ GUSTAVE DORÉ

Pressedienst Pressedienst Pressedienst Pressedienst aus erster Hand Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag

Siehe und vergleiche hierzu auch den Beitrag auf Seite 3 in UZ/24.